

Stand: 06.02.2026 06:51:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/661

"Ja zur Stadt-Umland-Bahn - Klimafreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft der Metropolregion Nürnberg!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/661 vom 12.03.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024
3. Mitteilung 19/2572 vom 24.06.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmär Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Ja zur Stadt-Umland-Bahn – Klimafreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft der Metropolregion Nürnberg!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zum Bau der Stadt-Umland-Bahn und damit zu einem wichtigen Zukunftsprojekt für den öffentlichen Verkehr und die Infrastruktur der Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach sowie die Landkreise Erlangen-Höchstädt und Forchheim.

Der Landtag steht hinter der Finanzierungszusage des Freistaates für die Stadt-Umland-Bahn.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die schnelle Umsetzung des Infrastrukturprojekts einzusetzen und damit eine verlässliche Grundlage für die weitere Entwicklung von Unternehmen wie Siemens, Adidas, Puma und Schaeffler als auch der Friedrich-Alexander-Universität zu sichern.

Begründung:

Mit einem Nutzen-Kosten-Indikator von 2,2 (nach der Änderung der standardisierten Bewertung durch den Bund) sowie einer zugesagten Übernahme von weit mehr als der Hälfte der Kosten durch Bund und Freistaat ist die Stadt-Umland-Bahn (StUB) eines der effizientesten und lukrativsten Neubauprojekte in ganz Deutschland und hat Vorbildcharakter. Der geplante 10-Minuten-Takt mit Verdichtungen im Berufsverkehr schafft eine bequeme und klimaschonende Alternative zur überlasteten A 73 und A 3. Es ist davon auszugehen, dass viele Autofahrerinnen und Autofahrer auf die StUB umsteigen werden. Mit dem Bau der StUB sollen über 500 Mio. Euro an Fördermitteln in die Region Mittelfranken fließen.

Seitdem 2013 in der Staatskanzlei eine Willenserklärung für den Bau der StUB unterzeichnet wurde und 2016 ein Bürgerentscheid klar zugunsten der StUB ausfiel, bemühen sich öffentliche und unternehmerische Hände, das Projekt zu realisieren. Siemens hat eine Milliarde Euro in seinen Standort Erlangen investiert. Am neuen „Siemens-Campus“, quasi ein neuer Stadtteil im Süden der Stadt, werden zukünftig 20 000 Menschen arbeiten. Diese Investition war an die Zusage der Staatsregierung, die StUB umsetzen zu wollen, gekoppelt (die SZ berichtete am 10.03.2024). Auch öffentliche Gelder wurden bereits in großer Höhe investiert. Nicht nur ein zweistelliger Millionenbetrag für die Projektplanung. Die Stadt Nürnberg hat den Anschluss ihrer Straßenbahn an die zukünftige StUB bereits erfolgreich umgesetzt. Sie hat ihre Straßenbahn nordwärts verlängert und erwartet zeitnah einen Anschluss nach Erlangen. Die Landkreise Erlangen-Höchstädt und Forchheim planen zudem eine Anbindung an die StUB aus östlicher

Richtung, um mehrere 10 000 Bürgerinnen und Bürger an den Stadtverkehr der Frankenmetropole anzuschließen. Die Standorte der Friedrich-Alexander-Universität werden durch die StUB verbunden und damit auch der Wissenschaftsstandort massiv gestärkt. In Herzogenaurach sind es wiederum die Weltkonzerne Adidas, Puma und Schaeffler, die angebunden werden.

Die öffentliche Infrastruktur und ihr Ausbau ist das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sowie der Schlüssel zum sozial-ökologischen Umbau Bayerns, den der Klimawandel notwendig macht. Die Staatsregierung und die im Landtag vertretenen Parteien müssen alles tun, damit der am 9. Juni 2024 stattfindende Bürgerentscheid klar für das Projekt ausgeht. Ein Nein beim Bürgerentscheid gefährdet den Wirtschaftsstandort Mittelfranken sowie die Verkehrswende in dieser Region. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Politik im Freistaat klar zu diesem bedeutenden Infrastrukturprojekt bekennt und die Staatsregierung alles unternimmt, damit die StUB möglichst schnell realisiert wird.

Darüber hinaus wurde bereits 2015 nicht ein Gesetz gemacht, das jetzt das Tarifeinheitsgesetz in dem Zusammenhang beeinträchtigt, sondern es wurde ein Streikfolgenbereinigungsgesetz überdacht, in dem genau das Gegenstand war. 2015 hätte man das auch entscheiden können. Man hat bewusst davon Abstand genommen.

All das, was Sie jetzt in Bezug auf die betroffene Bevölkerung sagen, betrifft natürlich auch die Streikenden selber; denn das sind doch die Leistungsträger der Gesellschaft. Die leben doch nicht von dem Applaus, der eine Woche im Parlament gespendet wird, sondern sie leben und ernähren ihre Familien von dem Geld, das sie verdienen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Arnold, es ist immer schwierig, einem gelernten Richter zu widersprechen. Ich tue es trotzdem. Erstens. Wenn die Rechtslage so zufriedenstellend wäre, dann müssten wir nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Gerichte regelmäßig gegen die Bahn entscheiden. Deswegen sehen wir Handlungsbedarf.

Zweitens. Ja, Sie haben davon gesprochen, dass die Lokführer Leistungsträger sind. Dem widerspreche ich gar nicht. Aber diejenigen, die mit der Bahn fahren wollen, sind auch Leistungsträger in ihrem Bereich. Deswegen ist ja genau das Problem,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

dass man einer Spartengewerkschaft hier übermäßig viel Macht gibt, die sie aus gewissen Gründen auch tatsächlich ausnutzt. Das wollen wir beschneiden. Deswegen dieser Antrag. Ich werbe noch mal dafür: Stimmen auch Sie diesem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/659 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/660, 19/661 und 19/672 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation
(Drs. 19/88)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Toni Schuberl.



Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/661

Ja zur Stadt-Umland-Bahn – Klimafreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft der Metropolregion Nürnberg!

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 19/661 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt